

29. IV. 1918

Frankreich und die Friedensbesprechungen. Wachsende Bewegung gegen Clemenceau und Ribot.

St. Bern, 27. April. In der französischen Presse und im Parlament macht sich eine ziemlich heftige Opposition gegen die Ablehnung von Friedensbesprechungen geltend. Clemenceau hätte die Debatte in der Kammer gerne auf längere Zeit hinausgeschoben in der Erwartung unter dem Eindruck eines wirklichen oder eingebildeten großen Waffenerfolges vor den Volksvertretern zu erscheinen und seine Politik des Jusqu'à-Boutismus verteidigen zu können. Die Kammer zeigte sich diesbezüglich aber weniger gefügig als der Senat. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem Clemenceau alle auf den Kaiserbrief und die Verhandlungen in Freiburg bezüglichen Dokumente unterbreitete und in einer fast zweistündigen Rede eingehend kommentierte, zeigte sich sehr zurückhaltend und behielt die Akten, um der Kammer darüber zu berichten. Dieser Debatte kann Clemenceau nicht mehr entgehen und so sind seine Anstrengungen darauf gerichtet, eine öffentliche Diskussion zu vermeiden.

Unter den Volksvertretern wird die Mißstimmung durch die Feststellung erhöht, daß eine für das Schicksal des Landes so wichtige Angelegenheit nur ein petit comité, das heißt unter Ausschluß des Parlaments, ja der meisten Mitglieder der letzten Regierung, in einem für den Frieden ungünstigen Sinne entschieden wurde. Gegen dieses Vorgehen des früheren Ministerpräsidenten Ribot verwahren sich mehrere seiner ehemaligen Kollegen, darunter sogar der Minister des Außen, dem diese Sache vorenthalten blieb.

Die sozialistischen Abgeordneten verdoppeln ihre Angriffe, die sich nicht nur gegen Clemenceau und Ribot, sondern ganz besonders gegen Poincaré richten, dem neuerdings vorgehalten wird, daß er mit dem ehemaligen Zaren einen Geheimvertrag abgeschlossen hat, der Frankreich so schwere Verpflichtungen auferlegte. Die Sprache, die von Renaudel, Longuet, Mayeras, Mistral, Deshayes geführt wird, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und Abgeordneter Gachin, Mitglied der Subkommission des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der die Prüfung der von Clemenceau übergebenen Akten anvertraut wurde, oder richtiger, die sich selbst gegen den Willen des Ministerpräsidenten damit befaßte, erklärt kurz und bündig, daß die ganze Angelegenheit vor der Öffentlichkeit erörtert werden müsse.

Der ehemalige Abg. Lucien Le Feyer, ein rühriger Pazifist, greift im „Journal de Peuple“ Ribot heftig an, weil dieser ganz allein, ohne auch nur die Mitglieder seines Kabinetts zu befragen, den Kaiserbrief totgeschwiegen hat. Er saßt die große Tat Clemenceaus dahin zusammen, daß es ihm gelungen sei, Frankreich mit Oesterreich-Ungarn zu überwerfen. Nicht darüber seien Clemenceau und dessen Anhang erbozt, weil Oesterreich-Ungarn nunmehr seine Truppen an die Westfront schicke, sondern weil seine Bemühungen zugunsten des Friedens ehrlich gemeint waren. Das müsse man endlich einmal begreifen.

Abg. Deshayes geht in der „Lanterne“ gegen den Kammerausschuß los, der die ganze Angelegenheit für sich zurückhalten sucht, indes doch alle Volksvertreter das Recht und die Pflicht hätten, sich zu informieren und die Regierung bei neuen Friedensangeboten das Beispiel Ribots und Clemenceaus befolge.

Der Minderheitssozialist Mayeras, einer der Führer der Zimmerwalder, verweist in der „Verité“ darauf, daß Briand sich nicht scheute, die ihm von deutscher Seite im Sommer 1917 gemachten Angebote entgegenzunehmen und sie an das Ministerium des Außen weiterzuleiten, an dessen Spitze damals Ribot stand. Mayeras erinnert daran, daß in der von ihm veranlaßten Geheimfugung der Kammer vom 16. Oktober 1917 die Erklärungen Ribots über seine Haltung gegenüber den ihm von Briand übermittelten Vorschlägen seinen Sturz veranlaßten.

St. Bern, 27. April. Der „Seure“ zufolge beabsichtigt Abg. Forgeot in der Kammer am nächsten Dienstag einen Beschlußantrag einzubringen, wonach die Kammer sich als Generalkommission konstituieren soll, um alle die Landesverteidigung betreffenden Fragen zu prüfen, besonders die Aktenstücke, die

Clemenceau jüngst den vereinigten Kammerausschüssen vorgelegt hat. Forgeot hält es für notwendig, daß die Kammer in ihrer Gesamtheit über alles Vorgefallene unterrichtet werde. Die Mehrzahl der Abgeordneten hat sich der Ansicht Forgeots angeschlossen.

„Petit Parisien“ zufolge wünscht die Mehrzahl der Senatoren gleichfalls in die Aktenstücke Einsicht zu nehmen. Es stehe zur Stunde noch nicht fest, auf welche Weise diese Parlamentarier die Angelegenheit im Plenum vorbringen werden, falls der Antrag Forgeot abgelehnt würde.